

Beschlussempfehlung und Bericht **des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Jan Korte, Ulla Jelpke, Dr. Lothar Bisky,
Dr. Lukrezia Jochimsen und der Fraktion DIE LINKE.**
– Drucksache 16/3911 –

Rechte für Journalistinnen und Journalisten sichern und ausbauen

A. Problem

Die antragstellende Fraktion sieht die Pressefreiheit in Deutschland mehr und mehr gefährdet. Negativ wirke sich aus, dass Journalistinnen und Journalisten durch Geheimdienste überwacht und Redaktionsräume durchsucht würden. Die Pressefreiheit werde aber auch gefährdet, wenn Journalistinnen und Journalisten materiellen Existenznöten und Kündigungen ausgesetzt würden, weil Verlage, Zeitungen und Zeitschriften verkauft werden. Vor diesem Hintergrund fordert die Fraktion DIE LINKE. von der Bundesregierung, im Fall von Verkäufen und Betriebseinstellungen für die Zahlung von Abfindungen zugunsten der betroffenen Journalistinnen und Journalisten zu sorgen. Außerdem soll die Bundesregierung sicherstellen, dass dieser Personenkreis ungehindert und ohne Überwachung seiner Arbeit nachgehen kann.

B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD,
FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion
DIE LINKE.**

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/3911 abzulehnen.

Berlin, den 14. November 2007

Der Ausschuss für Kultur und Medien

Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Vorsitzender

Reinhard Grindel
Berichterstatter

Christoph Pries
Berichterstatter

Christoph Waitz
Berichterstatter

Dr. Lukrezia Jochimsen
Berichterstatterin

Grietje Bettin
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Reinhard Grindel, Christoph Pries, Christoph Waitz, Dr. Lukrezia Jochimsen und Grietje Bettin

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 16/3911** wurde in der 94. Sitzung des Deutschen Bundestages am 26. April 2007 dem Ausschuss für Kultur und Medien zur federführenden Beratung und dem Rechtsausschuss sowie dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt des Antrags

Die antragstellende Fraktion sieht die Pressefreiheit in Deutschland zunehmend gefährdet. Journalistinnen und Journalisten würden durch Geheimdienste überwacht, Redaktionsräume durchsucht. Zusätzlich gerieten Journalistinnen und Journalisten in materielle Existenznöte, weil Verlage, Zeitungen und Zeitschriften verkauft würden. Vor diesem Hintergrund fordert die Fraktion DIE LINKE. von der Bundesregierung, im Fall von Verkäufen und Betriebseinstellungen für die Zahlung von Abfindungen zugunsten der betroffenen Journalistinnen und Journalisten zu sorgen. Außerdem soll die Bundesregierung sicherstellen, dass dieser Personenkreis ungehindert und ohne Überwachung seiner Arbeit nachgehen kann.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat am 14. November 2007 die Ablehnung des Antrags empfohlen mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat am 7. November 2007 die Ablehnung des Antrags empfohlen mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss für Kultur und Medien

Der Ausschuss für Kultur und Medien hat den Antrag in seiner Sitzung am 14. November 2007 beraten und Ablehnung empfohlen mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

In der Debatte wies die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf einen eigenen, besseren Antrag zur Auseinandersetzung mit staatlicher Überwachung hin und erklärte darüber hinaus, für die finanzielle Bevorzugung von Journalistinnen und Journalisten gegenüber anderen Berufsgruppen, wie die Fraktion DIE LINKE. sie fordere, gebe es keine Rechtfertigung.

Berlin, den 14. November 2007

Der Ausschuss für Kultur und Medien

Reinhard Grindel
Berichterstatter

Christoph Pries
Berichterstatter

Christoph Waitz
Berichterstatter

Dr. Lukrezia Jochimsen
Berichterstatterin

Grietje Bettin
Berichterstatterin

